

BürgerInnenbrief **Mitte**

4. Oktober 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Spararie +++ Kirchsteinbeck +++ Realmarkt +++ Wohnungsnot +++ Krisenstab +++ Theaterklau +++

Menschenketten um fünf Monate verlängern!



Die Menschenkette begann vor der Elbphilharmonie

Unter dem Motto »Gerecht geht anders« haben Gewerkschaften, Sozialverbänden und weitere Organisationen am 30.9. eine Menschenkette von der Elbphilharmonie zur Finanzbehörde am Gänsemarkt organisiert. Laut Polizeiangaben (!) demonstrierten mehr als 16.000 Menschen gegen Sozialabbau, die Umverteilung der Krisenlasten und weitere Privatisierungsvorhaben. Dieser massive Protest gegen den sozialen Kahlschlag macht ebenso deutlich wie die Solidaritätsaktionen für das Altonaer Theater (das geschlossen werden soll) und das Deutsche Schauspielhaus (dem nahezu 1,2 Mio. Euro und damit 50% des Etats für die künstlerische Arbeit genommen werden sollen), dass die Spararie des schwarz-grünen Senats auf Widerstand stößt.

Denn neben der beeindruckenden Menschenkette zieht der Protest Kreise: Ein Beispiel boten einmal mehr die engagierten WilhelmsburgerInnen. Am 29. September demonstrierten

sie in Kirchdorf-Süd gegen die drohenden Streichungen im sozialen Bereich. Für dieses benachteiligte Quartier wird befürchtet, dass die Elternschule und das Freizeithaus geschlossen werden und eine Reihe von Projekten wie »Eltern-ins-Boot« (verikom), die Beratungsstelle Übergang Schule-Beruf, der »Dialog mit Jugendlichen« (passage) und die Hausbetreuung in SAGA GWG-Häusern auslaufen könnten. Auch das Bürgerhaus Wilhelmsburg soll größere finanzielle Einbußen hinnehmen.

Am 2. Oktober inszenierten rund 100 WilhelmsburgerInnen auf dem Hamburger Rathausmarkt ein Event, mit dem sie zugleich die Verschwendung öffentlicher Mittel anprangerten. Ihr Protest richtete sich gegen die Pläne der Stadtentwicklungssenatorin, die eine Quasi-Autobahn quer über die Elbinsel schlagen will. Die Inszenierung sollte explizit den Zusammenhang zwischen den nötigen Millionen für den Stra-



Benneubau und den anstehenden Streichungen vor allem im Sozial- und Kulturbereich deutlich machen.

In St. Georg hat der Stadtteilbeirat sich einstimmig gegen die Kürzung der Mittel für das Schauspielhaus ausgesprochen. Dort lädt der Einwohnerverein für den **13. Oktober** (20:00 Uhr im Stadtteilbüro Hansaplatz 9) zu einer Debatte über die dem Stadtteil drohenden Streichungen und die Möglichkeiten der Gegenwehr ein. Am **26. Oktober** diskutiert um 18:30 Uhr in der Heinrich-Wolgast-Schule auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz einmal mehr der Stadtteilbeirat zu diesem Thema.

Eine amüsante Maßnahme beinhaltet das Sparpaket des schwarz-grünen Senats schon: Im Jahr 2011 werden 200.000 Euro eingespart, weil der Spielbetrieb der Elbphilharmonie noch nicht bezuschusst werden muss. Wahrscheinlich meint Farid Müller (GAL) diese »Einsparung«, wenn er auf seiner Website schreibt: »Der schwarz-grüne Senat vermeidet Kür-

zungen im Sozialbereich«. Drastische Reduktion des Schulzahnärztlichen Dienstes um 370.000 Euro, Streichungen für die in den letzten Jahren eh schon geschröpften Bücherhallen in Höhe von 5 Mio. Euro bis 2014, die, wenn überhaupt nur durch weitere Gebührenerhöhungen, eingeschränkte Öffnungszeiten und Schließung weiterer Standorte aufgefangen werden können – alles keine Kürzungen im Sozialbereich?!

Aber die Streichliste des schwarz-grünen Senats ist trotz dieser grünen Schönrederei kein ehernes Gesetz. Das zeigt zum Beispiel der Rückzug bei den angedachten Streichungen der Mittel für die Wildgehege und die Elternschulen. Der Spar-Doppelhaushalt 2011/2012 soll innerhalb der nächsten fünf Monate in der Bürgerschaft verabschiedet werden – eine nicht allzu lange Zeit, um den angefangenen »heißen Herbst« in einen »siedenden Frühling« münden zu lassen! Die jetzt allerorten sich deutlich artikulierenden Proteste werden weitergehen, DIE LINKE wird sich mit Information und Aufklä-

joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite <http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischaun!



WilhelmsburgerInnen demonstrieren vor dem Rathaus

Gerecht geht anders – und zwar so:



Das Ende der Menschenkette auf dem Gänsemarkt

Das Rotstiftpaket des schwarz-grünen Senats trifft die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Arbeitsplatzabbau, Einkommenskürzungen), die sozial Benachteiligten (durch Leistungskürzungen) und die BürgerInnen der Stadt (durch Gebührenerhöhungen und die Verschlechterung von Dienstleistungen).

Der Senat behauptet, diese Maßnahmen seien unverzichtbar, um die Verschuldung Hamburgs (aktuell 27 Mrd. Euro) zu begrenzen. Dafür wurde der Haushalt nach dem Kriterium durchforstet, »Was ist wünschbar, aber nicht notwendig?«

Herausgekommen sind über 300 Kürzungsprojekte. Als »nicht notwendig« gilt dem Senat eine für alle BürgerInnen bezahlbare und qualitativ hochwertige Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen. Deshalb werden

- Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, den BeamtInnen das Weihnachtsgeld gekürzt und die Arbeit der Beschäftigten verdichtet;
- viele Gebühren von der Pass-Ausstellung über die Bücherausleihe und die Mensa bis zu den Kindergärten erhöht (direkt oder indirekt durch Kürzung von Zuschüssen);
- wichtige kulturelle Einrichtungen durch Schließung (Altonaer Museum) und Kürzung von Zuschüssen (Theater) zur Ader gelassen;
- die öffentlichen Unternehmen zu einer Abgabe von 50 Mio. Euro verdonnert, obwohl sie wegen der Wirtschaftskrise in großen Schwierigkeiten sind. Wohin das Geld geht? Allein die Sanierung der maroden, durch Spekulation ins Abseits geratenen HSH Nordbank hat bisher drei Mrd. Euro gekostet.

»Nicht notwendig« sind aus Sicht des Senats auch spezielle Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut in der Stadt. Deshalb werden u.a.

- die spärlichen Arbeitsmarktprogramme noch weiter gekürzt;
- die Programme zur Entwicklung der sozialen Brennpunkte zusammengestrichen.

»Nicht notwendig« ist für den schwarz-gelben Senat schließlich der Erhalt und der Ausbau der Demokratie in Hamburg. Deshalb

- werden die Bezirke massiv unter Spardruck gesetzt. Überlegungen, sie ganz abzuschaffen, sind nicht vom Tisch. Mit dieser Politik wird keines der drängenden Probleme gelöst, die Hamburg mit dem Großteil aller Kommunen teilt: Die fehlenden öffentlichen Finanzen zeigen sich in den Bereichen der frühkindlichen Erziehung (Kitas), den Schulen und den Universitäten.

Neben den unzureichenden Angeboten bei der Bildung gibt es Defizite in der gesamten öffentlichen Infrastruktur – Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Kultur. Die zu geringe Finanzausstattung von Museen, Bücherhallen, Theatern behebt man nicht durch Einführung einer Übernachtungssteuer oder Kulturtaxe.

Klar – es gibt Verschwendung seitens der Regierungskoalition. Sie haben über die Verhältnisse gelebt. Das Kernproblem aber ist: Dem privaten Reichtum der bürgerlichen Schichten steht der Bankrott des Staates gegenüber, dessen unverzichtbare Ausgaben die gesamten Einnahmen übersteigen; dazu kommen die Zinsen für einen großen Schuldenberg.

Die Rotstiftpolitik ist schädlich für die Regionalökonomie. Sie schwächt die private, für den Aufschwung so nötige Nachfrage, verschärft die soziale Spaltung und hilft nicht im Entferntesten, aus der Finanznot von Kommunen, Ländern und Gemeinden herauszukommen. Deren Finanzen wurden durch die Steuerpolitik des Bundes und die Verlagerung von Aufgaben auf Länder und Gemeinden in den letzten 20 Jahren systematisch ausgehöhlt. Die Folge ist ein Verfall der städtischen Infrastruktur, u.a. sichtbar an den Straßen, Grünanlagen, Schulen und Sportstätten. Allein für die Sanierung der Schulen werden in Hamburg rund 4 Mrd. Euro, für die der Universitätsgebäude mindestens 2 Mrd. Euro benötigt.

DIE LINKE bleibt dabei: Ein qualitativ hochwertiges und für alle BürgerInnen zugängliches öffentliches Dienstleistungsangebot und eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbar. Mit einer lächerlichen Bettensteuer oder Kostenbeteiligung bei Verkehrsunfällen ist für den Haushalt kein Blumentopf zu gewinnen. Ausreichende Finanzmittel für gute öffentliche Dienstleistungen, die auch eine Rückführung der Schulden ermöglichen, sind für Länder und Gemeinden nur zu erreichen durch

- einen effektiveren Steuervollzug. Den hält der Senat offensichtlich für »nicht notwendig«, weil er statt 150 lediglich sechs neue SteuerfahnderInnen einstellen will. Daraus ergeben sich statt möglicher über 100 Mio. Euro lediglich 6,2 Mio. Euro absehbare Steuermehreinnahmen.
- den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen, mehr Unternehmen erfassenden Gemeindefinanzsteuer und die Umstellung der Grundsteuer auf die aktuellen Grundstückspreise;
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die die Stadtkasse um jährlich mindestens 1,5 Mrd. Euro aufbessern würde.

Hinzukommen muss selbstverständlich auch eine Durchforstung (der Senat nennt das »Aufgabenkritik«) vor allem der öffentlichen Investitionen auf »Wünschbares und Notwendiges«. Aus Sicht der LINKEN gibt es hier viele Ausgaben und Projekte, auf die verzichtet werden kann, wie z.B.

- den Neubau der Stadtentwicklungsbehörde in Wilhelmsburg, der – schon nach heutiger (!) Kalkulation – fast 200 Mio. Euro verschlingen würde;
- den Bau von zwei Stadtautobahnen in Hamburgs Süden (Wilhelmsburg) mit einer Hamburger Beteiligung von über 15 Millionen Euro
- den Umzug etlicher Behörden in überbezahlte Büros in der HafenCity;
- den Neubau der HafenCityUniversität, für die fast 70 Mio. Euro veranschlagt werden;
- die 30 Mio. Euro teure unterirdische Schießanlage der Polizei;
- das Polizeiorchester, an dem Bürgermeister Ahlhaus trotz 1,6 Mio. Euro Kosten »persönlich« festhalten will;
- die Betriebskosten der Elbphilharmonie, für die ab 2012 mindestens 20 Mio. Euro im Betriebshaushalt anfallen werden und für die jetzt schon einmal vorsorglich u.a. das Altonaer Museum geschlossen wird.

Wenn wir einen anhaltenden Kannibalismus unter den Kultureinrichtungen vermeiden wollen, müssen wir zur Verbesserung der städtischen Gesamteinnahmen kommen. Die so gewonnenen Finanzmittel können für ein Programm gegen Armut und Arbeitslosigkeit und öffentliche Investitionen in Bildung, Kultur, Infrastruktur, Umwelt und Wohnen genutzt werden, die für die Zukunft der BürgerInnen Hamburgs von überragender Bedeutung sind.

Es gibt also sehr wohl Alternativen zur unsozialen Rotstiftpolitik des schwarz-grünen Senats: »Gerecht geht anders!«

Tatort HSH Nordbank

Die HSH Nordbank gerät nicht aus den Schlagzeilen – das wissen die Leser der BürgerInnenbriefes nur zu gut. Hinter den handfesten Skandalen steht ein größeres Problem: Die HSH Nordbank und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Globalplayer zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht kannten und deswegen gnadenlos scheiterten – in einem Bankensystem, das seiner eigentlichen Aufgabe, Investitionsmittel für sinnvolle lokale und regionale Investitionen im Interesse der Bevölkerung bereitzustellen, nicht mehr gerecht wird.

Ich habe jetzt gemeinsam mit Knut Persson und Norbert Weber die Ergebnisse unserer Arbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zur HSH Nordbank in einem Buch zusammengefasst. Darin werden die Skandalhintergründe aufgedeckt, die zugrunde liegende Bankenkrise sowie die Rolle der Landesbanken analysiert und Alternativen zu den halbherzigen Reformen des Bankensektors aufgezeigt.

Das Buch wird einen Umfang von 176 Seiten haben, 14.80 EUR kosten und ab Mitte Oktober im Buchhandel oder direkt beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg-St. Georg oder unter www.vsa-verlag.de zu haben sein.



Wachtigall bleibt König

Landnahme der HPA in Kirchsteinbek abgewehrt von Rudolf Sergel



Kirchsteinbek bleibt Natur

Nach längerem öffentlichen Schweigen kam es nun kürzlich heraus: Die von der Hamburg Port Authority (HPA) jahrelang auf dem Altspülfeld Kirchsteinbek geplante neue Deponie für Hafengebaggersedimente findet – zumindest dort – nicht statt. Die betroffenen Stadtteile mit ihren Bürgern und Aktivisten vor Ort reagierten erfreut und überrascht – hatten HPA und Stadt doch bisher auf vielerlei Weise zu erkennen gegeben, dass man dieses Großprojekt im Hamburger Osten durchziehen wollte.

Getreu der Senatsphilosophie, von der in manchen Druckwerken zu lesen war, dass es ja ganz normal sei, wenn es in einer Stadt wie Hamburg unterschiedliche – gemeint ist: ungleiche – Stadtteile gebe, sollten ökologisch und sozial bereits belasteten Stadtteilen weitere Umweltbelastungen mit Verschlechterung der Lebensqualität zugemutet werden. Denn mit Art und Praxis des neoliberalen Stadtumbaus bekennt sich das »Unternehmen Hamburg« mit seinem Konzept der »Wachsenden Stadt« zur Segregation: Ökologisch und sozioökonomisch hochwertige Stadtteile stehen abgehängten »A-Stadtteilen« mit »Armen, Alten, Arbeitslosen, Ausländern« gegenüber, verfestigt in jahrzehntelanger Wirtschafts- und Politikgeschichte. Und der sozialen Segregation folgt die ökologische und vice versa: Umweltbelastungen für die A-towns, Naturaufwertung für die Elbvororte und die Walddörfer.

In den Stadtteilen um die geplante Deponie hatte sich bereits seit Jahren Widerstand gegen die neue Zumutung organisiert, der mit bunten und vielfältigen Aktionen dagegen mobilisierte. DIE LINKE vor Ort war aktiv daran beteiligt und hat die Kämpfe unterstützt. So hat sie nicht nur mit Aktionen, sondern auch zugespitzten und unbequemen parlamentarischen Anfragen im bezirklichen Umweltausschuss, u.a. zu jahrelangen, umweltrechtlich nicht haltbaren Schadstoffeinleitungen vom Altspülfeld in die Glinder Au, maßgeblich zur Beendigung dieses unzulässigen Verfahrens beigetragen.

Der vor Ort entfaltete Bürgerdruck führte zusammen mit einiger politischer Unterstützung schließlich dazu, dass die HPA ein neues, ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für die ge-

plante neue Deponie startete, nunmehr angelehnt an direkte Vorgaben der gesetzlichen Umweltverträglichkeitsprüfung. Dieses war ein wesentlicher Erfolg gegenüber der vorherigen, intransparenten Top-down-Absicht, die Deponie auf dem Altspülfeld Kirchsteinbek zu betreiben.

Ließ ein von der HPA vorgelegter Vorentwurf zu dem Verfahren noch befürchten, dass man mit mancherlei methodischen Tricks sich das Ergebnis auf den beabsichtigten Standort Kirchsteinbek »zuschneiden« wollte, gelang es dann aber, dieses zu korrigieren. Von den rechtlichen Schutzgütern des Umweltverträglichkeitsgesetzes – Mensch, Biodiversität (Tiere, Pflanzen), Luft, Klima, Boden, (Grund)wasser, Landschaft, Kultur- und Sachgüter – mussten die Biodiversitätsbelange des Standortes Kirchsteinbek im Vergleich zum Vorentwurf stärker berücksichtigt werden. Der Verfasser hatte dazu explizite funktionale Bezüge des Naturhaushaltes wie Biotopvernetzungen und ökosystemische Wertungen, die vorher so nicht angestellt worden waren, in direktem Gespräch mit der HPA sowie über die AG der Hamburger Naturschutzverbände reklamiert.

Dieses trug dazu bei, dass der Standort Kirchsteinbek verworfen wurde und ist ein wichtiges Ergebnis auch für andere UVP-Verfahren in Hamburg. Auf diese Weise gelang es, sich an neueren Standards in der Bewertung von Eingriffen in den Naturhaushalt zu orientieren, die nicht nur listenbezogenen Artenschutz »abarbeiten«, sondern auch übergeordnete, an Ökosystemfunktionen orientierte Betrachtungen einbeziehen. Das Altspülfeld stellt derzeit einen bedeutenden Funktionsraum für lokale Biodiversität im Hamburger Osten dar, mit Nachtigallen, Moor- und Seefröschen, Orchideen, Schmetterlingen, Bäumen und mehr. Auch der berühmte Wachtelkönig wurde dort gemeldet. Nun bleibt das Reich der ganzen Wachtigall-Gesellschaft bis auf weiteres erhalten – zur Erbauung von Mensch und Natur und als Ergebnis erfolgreichen und breiten Widerstandes.

Rudolf Sergel ist Biologe und für DIE LINKE Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

AnwohnerInnen gegen Bezirk Mitte = 3:0

Der Konflikt um die Zukunft des ehemaligen Rindermarkt- bzw. Realmarkt-Geländes auf St. Pauli entwickelt sich immer mehr zu einer Farce. Im Mittelpunkt steht das Ansinnen vorrangig der SPD Mitte, das Gelände zu »entwickeln«, »aufzuwerten« und hier vor allem eine Music-Hall für rund 3.800 BesucherInnen zu errichten.

Die Planungen dafür liefen im Grunde fernab des Diskurses im benachbarten Karo- und Schanzenviertel. Als der Bezirk dann auf einer »öffentlichen Auftaktveranstaltung« am 13. April den mehr oder weniger fertigen Music-Hall-Plan verkünden wollte, machten einige Hundert BesucherInnen deutlich, dass sie sich unter AnwohnerInnenbeteiligung etwas anderes vorstellen. Die Präsentation ging im Lärm unter und musste nach 20 Minuten abgebrochen werden – 1:0 für die rebellischen AnwohnerInnen.

Bald darauf wurden zwei ganztägige Workshops veranstaltet, auf denen eine Handvoll ArchitektInnen ihre Machbarkeitsstudien für die Bebauung des betreffenden Geländes vorstellten; allen mit ca. 100.000 Euro teuer erkauften Plänen gemeinsam war die von der Bezirksversammlungsmehrheit gesetzte Music-Hall, um die herum sich mal ein Bürohochhaus, mal dieses, mal jenes ranken sollte. Die Teilnahme war nur nach schriftlicher Voranmeldung und vor Ort unter Prüfung der Identität möglich.

Dieses Mal fand sich nur eine verschwindend geringe Anzahl von direkt Betroffenen ein, die umliegend engagierten Sanierungsbeiräte hatten einen Boykott beschlossen und forderten vehement ein wirklich offenes demokratisches Verfahren. Dieses wurde weiterhin blockiert, mit dem Ergebnis, dass erneut kein Dialog mit den BürgerInnen stattfand und die GAL zunehmend Legitimationsprobleme bekam – 2:0 für die nicht kleinzukriegenden NachbarInnen.

Am 1. Oktober sollte schließlich der siegreiche Architektentwurf mit der Music-Hall in der Mitte vorgestellt werden. Wie bei der Auftaktveranstaltung am 13. April war dafür erneut die damals schon reichlich gefüllte Aula des Wirtschaftsgymnasiums vorgesehen. Anderthalb Tage vorher sagte das Bezirksamt diese Vorstellung allerdings ab, zu viele BürgerInnen hatten ihr Erscheinen angekündigt. Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) hatte offenbar Muffe bekommen, das in den Quartieren ungeliebte Projekt überzeugend und mehrheitsfähig darlegen zu können.

»Mit diesem Eigentor steht es im Spiel AnwohnerInnen gegen Bezirk nun schon 3:0«, schreibt Markus Schneider-Johnen, der Sprecher der LINKEN in St. Pauli, in einer Presseerklärung kurz nach Bekanntwerden der bezirklichen Kapitulation vor der BürgerInnenbeteiligung.

Über die Notwendigkeit noch einer größeren Halle für Musikveranstaltungen in Hamburg mag diskutieren, wer will. Ich sehe bei diesem seitens der etablierten Politik auserkorenen Projekt vor allem die zusätzlichen Belastungen, die mit dem geplanten Event-Center samt angeschlossener Groß-Gastronomie für die Menschen in der Umgebung einhergehen.



Verschwommen: der siegreiche Entwurf

Wir reden bei dem großen Areal an der Ecke Feldstraße/Budapester Straße schließlich nicht von einer abseits gelegenen Industriebrache oder einem kulturell noch unerschlossenen Gebiet.

Es geht um das Karo- und die Schanze, die mit Event- und Kneipenpublikum aller Art geradezu zugeschüttet werden. Tausende und Abertausende TouristInnen und SzenegängerInnen fallen allwöchentlich in die Quartiere ein. Das Nahversorgungs-Kleingewerbe muss immer mehr Boutiquen, vermeintlichen »Szeneläden« und einer überbordenden Kneipenlandschaft weichen. Die Mieten für Wohnungen und kleine Läden sind explodiert, Menschen mit wenig Kohle wurden und werden verdrängt. Karo und Schanze sind auf dem schlechtesten Wege, zur reinen Party-Meile zu verkommen. Der hier (noch) zu findende soziale Zusammenhalt und die Bevölkerungsmischung drohen endgültig zerstört zu werden. Man kann dies alles ignorieren, wie es die Bezirkskoalitionäre samt CDU vorleben, und ich würde auch nicht ausschließen, dass mit immer mehr Partymeilen nicht zuletzt auch ein widerspenstiges Viertel ausgehebelt werden soll.

Doch unabhängig von diesem Aspekt macht der Umgang von SPD, CDU und GAL mit dem ehemaligen Realmarkt-Gelände eines deutlich: Ein Projekt dieser Größenordnung und mit den zu erwartenden erheblichen Auswirkungen auf die Umgebung darf nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Ich unterstütze daher die Forderung der Initiative »die Leute: real«, das Verfahren zu stoppen und in einen ernsthaften Dialog mit der Bevölkerung zu treten.

Dies darf nicht so ablaufen, wie es gegenwärtig von den verantwortlichen PolitikerInnen in Stuttgart praktiziert wird, nämlich Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, gleichzeitig die Planungen und Umsetzungen munter voranzutreiben und zu versuchen, die Proteste mit Wasserwerfern und Tränengas zu kriminalisieren. BürgerInnenbeteiligung, von der die Stadtentwicklungssenatorin ebenso gerne und oft spricht wie die SPD-GAL-Koalition im Bezirk Mitte, geht anders.

Nacht der Wohnungsnot

von Antje Schellner



Schlafen vor dem Michel

Die Tage vorher war schauriges Wetter: Regen, Wind. Die meisten fingen sich die erste Erkältung des Jahres ein. Doch am Donnerstag Abend, als sich rund 150 Menschen zur Nacht der Wohnungsnot am 23./24. September am Michel versammelten, um auf das Problem der Obdachlosigkeit aufmerksam zu machen, war es fast sommerlich mild und windstill.

»Heute ist es ja wie Obdachlosigkeit light«, meinte eine Teilnehmerin. Dazu gab's Vorgetragenes, Filme und Rockmusik, Getränke, Erbsensuppe und Informationen zum Konzept, die Nacht gemeinsam draußen, vor dem Michel, bis zum Morgen zu verbringen.

Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot im Rahmen einer Kampagne der BAG Wohnungslosenhilfe, dem in Hamburg rund 20 Verbände und Organisationen – darunter das Diakonische Werk, das Obdachlosenmagazin Hinz & Kunzt, die Übernachtungsstätte Herz As, der Verein Jugendhilfe und die Stadtmission – angehören.

Der Anlass ist ernst: In Hamburg leben derzeit mindestens 4.000 wohnungslose Menschen, davon rund 1.000 auf der Straße, 2.700 in Obdachlosenunterkünften und 200 in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Anders als im bundesweiten Trend sinken die Zahlen in Hamburg allerdings nicht.

»Vor 17 Jahren waren wir bei der ersten Veranstaltung hier zehn Leute, dass hier nun so viele sind, zeigt, wie brisant die Situation ist«, kommentierte ein Mitveranstalter die Aktion. Das belegen auch die Zahlen bei den durch Hilfeeinrichtungen in Wohnraum Vermittelten. Die haben sich nämlich seit 2007 so gut wie halbiert. »Wir Wohnungsvermittler können unsere Arbeit praktisch einstellen«, meinte eine Wohnungsvermittlerin. »Selbst bei der SAGA GWG haben wir mit unseren Klienten keine Chance mehr.«

Die Vereinbarungen zur Verfügungstellung von Wohnraum, die zwischen der Stadt, den Wohnungslosenhilfeeinrichtungen, den Wohnungsbaugenossenschaften und der SAGA GWG bestehen, werden schon lange kaum zur Hälfte erfüllt. Der zeit-

weilig bis auf Null heruntergefahrenen sozialen Wohnungsneubau und das Auslaufen der Sozialbindungen werden als Gründe für die Misere an erster Stelle benannt. Die Wirtschaftskrise, der Anstieg der Energiekosten, die kürzeren Kündigungsfristen, die Streichung der Unterkunftskosten als Sanktion und die veränderte gesetzliche Situation für unter 25jährige Jungerwachsene sind weitere Faktoren, die die Wohnungslosigkeit befördern.

Und das, obwohl die Unterbringung eines Wohnungslosen in einer öffentlichen Unterkunft die Stadt bis zu fünfmal so viel kostet wie die Anmietung einer kleinen Wohnung.

Die Hilfsverbände fordern daher:

- Die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus.
- Die Wohnungswirtschaft muss wieder mehr Wohnungen für Obdachlose zur Verfügung stellen.
- Die Stadt muss insbesondere die SAGA GWG wieder auf ihren sozialen Versorgungsauftrag verpflichten und entsprechende Zielzahlen auch durchsetzen.
- Die Lebensbedingungen in den Unterkünften (z.B. in Form von Ein-Personen-Zimmern) müssen verbessert werden, um die Akzeptanz für die auf der Straße lebenden Menschen zu erhöhen.
- Die persönlichen Hilfen im Wohnraum müssen ausgeweitet werden, insbesondere um Menschen zu unterstützen, die nach langer Obdachlosigkeit eine Wohnung erhalten haben.

Die Wohnraumpolitik des Senats, welche das soziale Grundrecht auf eine vernünftige Unterkunft offenbar vor allem als Ware betrachtet, geht nicht nur auf Kosten tausender, wohnungsloser Menschen, sondern auch zu Lasten aller HamburgerInnen, deren Mieten seit Jahren steigen und einen immer größeren Teil ihrer real sinkenden Löhne fressen.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Verbände. Wohnen darf keine Ware sein und muss endlich ein anerkanntes Recht in unserer Gesellschaft werden!

Kleiner Krisenstab & Alternativen



Die Krisensäule wird eingeweiht

»Während die Krise Anfang der 1930er Jahre nicht nur in Deutschland mit Arbeitslosigkeit, Elend, Verzweiflung und Radikalisierung einherging, wird uns heutzutage eingeredet, man habe alles im Griff, der Konjunkturaufschwung sei da und alles könne mit Investmentfonds, 20%igen Renditen und virtuellem Kapitaltransfer in schwindelerregenden Höhen so weitergehen wie vor 2008. Wir sagen nein und nutzen die Veranstaltungsreihe »Kleiner Krisenstab« dazu, uns ein ungetrübtes Bild von den Verhältnissen zu machen, damals und heute.« Mit diesen Worten leitet die St. Georger Geschichtswerkstatt ihr neues Halbjahresprogramm ein, in dessen Mittelpunkt die Wirtschaftskrisen 1929ff. und 2008ff. stehen.

Eröffnet wurde der mit insgesamt 13 Veranstaltungen bestückte **Kleine Krisenstab** (alle Termine und Details finden sich im Netz unter www.gw-stgeorg.de) am 30.9. mit der Einweihung einer **Krisensäule gegen Wirtschaftsdrachen** damals und heute auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz. An die dortige erste Kommunale Litfaßsäule – im Jahr 2009 von den St. GeorgerInnen vor dem Abriss gerettet und seitdem mit Informationen aus dem Stadtteil bestückt – sind vom 30.9.2010 bis

ins erste Halbjahr 2011 insgesamt zwölf DIN A 0-Plakate angeschlagen. Mit ihnen will die AG Krisensäule der Geschichtswerkstatt (Karla Fischer, Andreas Ernsting, Michael Joho, Thies Wilkening) gemeinsame Aspekte der Wirtschaftskrisen 1929ff. und 2008ff. veranschaulichen.

Ich beteilige mich an der Veranstaltungsreihe am **Freitag, den 15. Oktober um 20:00 Uhr** im Gemeinschaftsraum des Wohnprojekts Drachenbau, Schmilinskystraße 6a/Hinterhof (St. Georg) mit einem Beitrag zum Thema »Krisen im Vergleich: 1929ff. und 2008ff.«

Bereits am **Dienstag, den 12. Oktober um 19:00 Uhr**, organisieren die »Finkenlinken« in Finkenwerder (»Die Baustellen im Treff«, Sandhöhe 11) eine Veranstaltung im Rahmen der zurzeit in der Partei DIE LINKE stattfindenden Diskussion zum neuen Grundsatzprogramms. Im Mittelpunkt stehen Aspekte »einer künftigen Wirtschaftsverfassung im demokratischen Sozialismus«. Ich will versuchen, an diesem Abend einige Grundlinien und Aspekte einer alternativen, sozialistischen Gesellschafts- und vor allem Wirtschaftsordnung zur Diskussion zu stellen.

»Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns Theater klaut!«



Jugendproteste vor dem Schauspielhaus

»Schließung abgewendet: Das Schauspielhaus muss Geld sparen. Das ist ärgerlich – aber gleichzeitig eine Chance.« Von wem stammt wohl das Zitat? Nein, weder vom Streichungskommissar Carsten Frigge (CDU) und auch nicht von dem von Kenntnis bislang kaum getriebenen neuen Kultursenator Reinhard Stuth (CDU) – nein, von Farid Müller (GAL), dem medienpolitischen Sprecher seiner Fraktion in der Bürgerschaft.

1,2 Millionen Euro sollen dem Deutschen Schauspielhaus gestrichen werden, das bedeutet, dass im größten Sprechtheater Deutschlands mehr als 50% des künstlerischen Etats flöten gehen würden. Die Folge wäre u.a. das Aus aller kleineren Spielstätten und damit wohl auch des in den letzten Jahren besonders erfolgreichen Jungen Schauspielhauses.

Rund 700 Kinder und Jugendliche machten ihrem Ärger am 29. September lautstark Luft und protestierten gegen die Streichabsichten des zuständigen Senators, der zeitgleich im Schauspielhaus Rede und Antwort für seine Kürzungsvorhaben stehen musste. »Wir sind das Schauspielhaus – Sie auch!« – unter diesem Motto ist inzwischen eine Solidaritätsaktion angeläufen, die auch von der LINKEN unterstützt wird.

Deshalb diesmal als Kulturtipps ein aktuelles Stück aus dem Schauspielhaus! Abgesehen von aller Solidarität kann ich Volker Löschs Inszenierung »Hänsel und Gretel gehen Mümmelmannsberg« nur wärmstens empfehlen. Wie schon bei »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?« geht es auch dieses Mal um die Interpretation eines historischen Materials mit

deutlichem Gegenwartsbezug. Der Regisseur bezieht Position in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Kein Wunder, dass solche Aufführungen den Damen und Herren des streichwütigen Senats nicht passen, sich aber gerade bei jüngeren BesucherInnen großer Beliebtheit erfreuen.

Es geht um das berühmte Grimmsche Märchen, in dem sich die beiden Geschwister, die wegen der familiären Not das Elternhaus verlassen, im Wald verlaufen und einer bösen Hexe in die Hände fallen. Doch Volker Lösch hat gemeinsam mit den Kindern der Gesamtschule Mümmelmannsberg und dem Ensemble des Theaters mehr daraus gemacht. »Uns interessiert vor allem der soziale Aspekt, der sich hinter diesem Stoff verbirgt«, heißt es in der Ankündigung des Stückes. »Wir wollen den Versuch unternehmen, die Geschichte, wie sie uns bei den Gebrüder Grimm entgegentritt, als Folie für eine Recherche aus der Gegenwart zu benutzen, die sich mit Kinderarmut in Hamburg beschäftigt. Obwohl beinahe jedes dritte Kind unter der festgelegten Armutsgrenze lebt, scheinen Armut und Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in Hamburg kein beherrschendes gesellschaftliches und politisches Thema zu sein.«

Ein Besuch dieses spannenden Vorhabens lohnt allemal – insbesondere in einer Situation, in der das Theater und seine künstlerisch-politische Ausstrahlung heftig bedroht sind. Die nächsten Aufführungen finden am 5., 11., 17. und 30. Oktober statt. Die Anfangszeiten und Kartenpreise gibt es unter www.schauspielhaus.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**